

NACHRICHTEN

Diplomatische Isolierung verwirklichen

LISSABON/HAMBURG: Die von 14 EU-Staaten angeordnete diplomatische Isolierung Österreichs soll jetzt in die Tat umgesetzt werden. Einzig Dänemark scheint damit nicht einverstanden. Eine offizielle Stellungnahme der EU gab es nicht. Der portugiesische Ministerpräsident und derzeitige EU-Ratspräsident Antonio Guterres deutete an, dass die Strafmaßnahmen mit dem Amtsantritt der Koalitionsregierung zwischen der konservativen Volkspartei (ÖVP) und den rechtspopulistischen Freiheitlichen (FPÖ) «automatisch» in Kraft träten. Der ausenpolitische Koordinator der Europäischen Union (EU), Javier Solana, zeigte sich am Freitag mit den Reaktionen der EU-Institutionen sehr zufrieden. Die EU habe damit ein gutes Beispiel gegeben: «Es gibt in dieser Frage keine Möglichkeit für Kompromisse». Deutschland wird seine bilateralen Beziehungen zu Österreich nahezu einfrieren. Man werde sich an die von den 14 EU-Staaten angekündigten Strafmaßnahmen gegen Österreich halten, verlautete aus Regierungskreisen in Berlin. Auch in einer Stellungnahme des französischen Außenministeriums hiess es: «Frankreich setzt mit sofortiger Wirkung die von der EU beschlossenen Massnahmen gegen Österreich um: Suspendierung offizieller, bilateraler Begegnungen, Empfang österreichischer Botschafter nur auf technischer Ebene und keine Unterstützung für österreichische Kandidaten in internationalen Organisationen.» Die britische Regierung halte am Isolierungsbeschluss der EU fest, erklärte ein Sprecher des Außenministeriums in London. «Wir werden Österreich an seinen Taten und nicht an seinen Worten messen.» Finnland stoppt ab sofort alle Kontakte zu Wien auf Ministerienebene. Der spanische Außenminister Abel Matutes sagte, Madrid werde sich in vollem Umfang an die gemeinsame Linie halten. Portugals Staatspräsident Jorge Sampaio erwägt zusätzlich, seinen für Anfang März geplanten Staatsbesuch in Wien abzusagen. In Italien und den Benelux-Ländern gab es keine neuen Stellungnahmen. Der israelische Botschafter Nathan Meron verliess Wien noch vor der Vereidigung der neuen Regierung, wie das israelische Außenministerium bestätigte. Jerusalem wolle die Beziehungen zu Österreich neu bewerten. Russland bringt Österreich nach den Worten von Außenminister Igor Iwanow «eine grosse Vertrauenreserve» entgegen, werde aber die weitere Entwicklung aufmerksam beobachten. Die EU-Beitrittskandidaten Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien und Slowenien verhalten sich abwartend. Einzig die dänische Regierung scheint zu einer Aufhebung des Isolierungsbeschlusses der EU bereit.

Das Regierungsprogramm der Koalition

WIEN: Das Programm der neuen schwarz-blauen Regierung in Österreich ist umstritten, zumal es nach Ansicht österreichischer Medien in grossen Teilen den Eckpunkten entspricht, die schon zuvor ÖVP und Sozialdemokraten (SPÖ) verabredet hatten. Die Grundzüge des Regierungsprogramms:

Zehn Milliarden Schilling (1,1 Milliarden Franken) jährlich sollen im öffentlichen Dienst gespart, mehr als 9000 Stellen gestrichen werden. Die Tabaksteuer wird ebenso erhöht wie die Stromsteuer. Die Autobahnvignette («Pickerl») wird von 550 auf 1000 Schilling (117 Franken) angehoben. Ab 2002 kommt die Schwerverkehrsabgabe von zwei Schilling pro Kilometer.

Bundesweit sollen private Radio- und Fernsehender erstmals in der Geschichte des Landes erlaubt werden. Der bisherige Quasi-Monopolist ORF muss sein zweites Programm für private regionale Programmfenster zur Verfügung stellen.

Das früheste Renteneintrittsalter (55 Jahre bei Frauen, 60 bei Männern) wird schrittweise um 18 Monate angehoben.

Der Mutterschaftsurlaub wird von eineinhalb auf zwei Jahre verdoppelt, das Kindergeld von 5600 auf 6000 Schilling (680 Franken) angehoben.

Die Neutralität wird aufgegeben. Österreich tritt einem geplanten europäischen Sicherheitssystem mit Beistandspflicht bei. Sollte ein solches System nicht zu Stande kommen, ist ein NATO-Beitritt geplant. Der endgültige Kurs der Sicherheitspolitik soll durch eine Volksabstimmung festgelegt werden.

Familienzusammenführung vor Neuzuzug von Ausländern: Staatsbürgerschaft nach zehn Jahren, wenn ausreichende Deutschkenntnisse nachgewiesen sind. In den Schulen soll der Ausländeranteil auf ein Drittel begrenzt werden.

EU: Beziehungen eingefroren

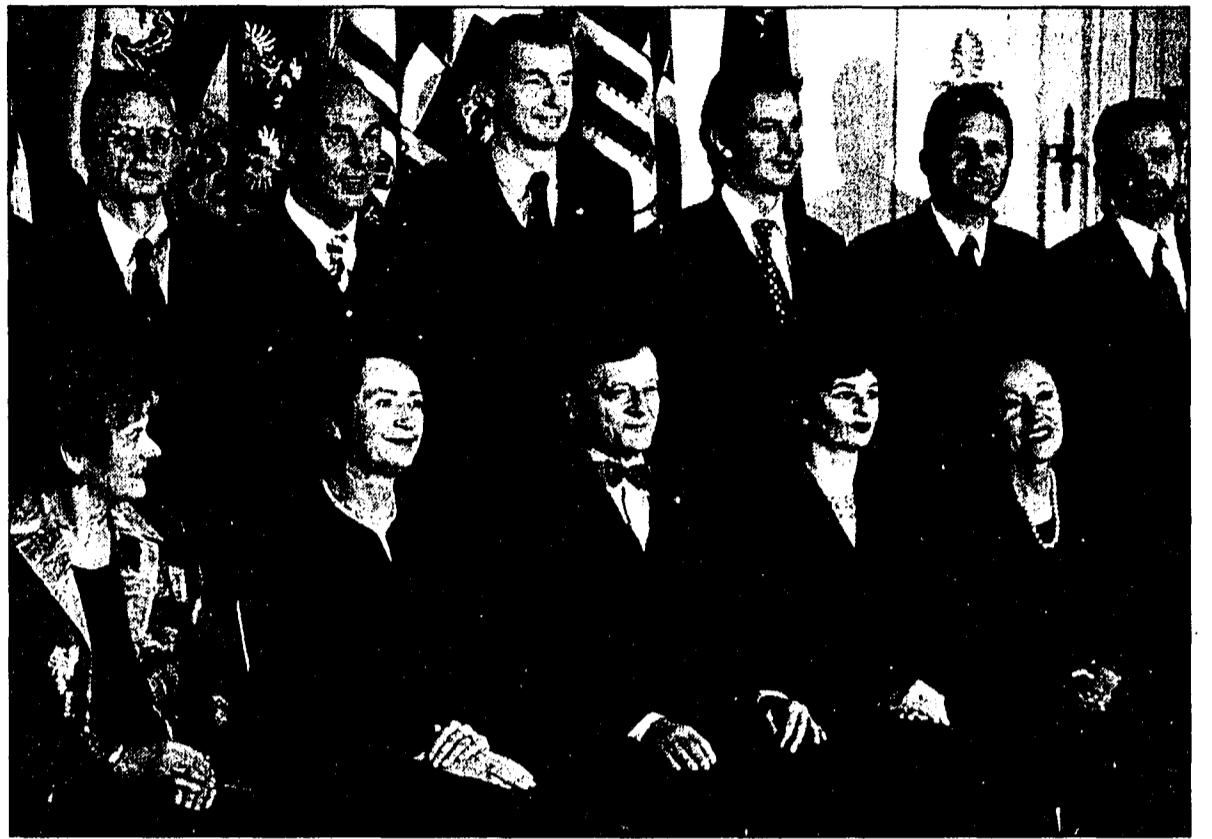
Österreich: FPÖ-ÖVP-Regierung im Amt

WIEN: Begleitet von massiven Protesten hat in Wien die erste Nachkriegsregierung unter Beteiligung von Rechtspopulisten ihr Amt angetreten. Präsident Thomas Klestil vereidigte am Freitag das Kabinett der Mitte-Rechts-Regierung.

Bundeskanzler der Koalition aus konservativer Volkspartei (ÖVP) und rechtspopulistischer Freiheitlicher Partei (FPÖ) ist ÖVP-Chef Wolfgang Schüssel. Der FPÖ-Vorsitzende Jörg Haider gehört dem Kabinett nicht an. Die ÖVP hat im ÖVP-FPÖ Kabinett fünf Ressorts inne, darunter das Aussenministerium. Zu den fünf Ministerien der FPÖ zählt das Finanzministerium. Beide Parteien entsenden jeweils zwei Staatssekretäre. Mit Schüssel kehrt nach langer Zeit ein ÖVP-Politiker in das Bundeskanzleramt zurück. Die vergangenen 30 Jahre hatten stets Sozialdemokraten den Regierungschef gestellt. Im Bundeskanzleramt bat Bundeskanzler Viktor Klima in seiner Abschiedsrede vor den Mitarbeitern: «Soweit es in Ihrer Macht steht, passen Sie mir auf unser Land.» Bundespräsident Thomas Klestil, der die Bildung der blau-schwarzen Koalition vergeblich zu verhindern versuchte und die Vereidigung von einem Bekenntnis der Koalitionspartner zu demokratischen Werten abhängig machte, verlangte aufgrund der zahlreichen Proteste im Ausland eine Chance für die neue Regierung.

5000 Demonstrierende

Die Mitglieder der neuen ÖVP-



Unter massiven Protesten wurde die Regierung in Wien feierlich in ihr Amt eingesetzt.

FPÖ Regierung betreten wegen der Demonstration von rund 5000 Personen die Präsidentschaftskanzlei in der Hofburg durch einen unterirdischen Gang. «Schämt euch!» und «Nieder mit der FPÖ» riefen die Demonstranten und skandierten «Haider ist ein Faschist» und «Widerstand, Widerstand». Polizisten wurden mit Eiern und Obst beworfen und gingen vereinzelt mit Schlagstöcken gegen Personen vor, die sich vor den Absperrungen drängte. Am Nachmittag besetzten Demonstranten das Sozialministerium.

EU-Sanktionen zeigen Wirkung

An der Wiener Börse drückte die neue Regierung schwer auf die Aktien. Der Leitindex ATX sank auf den tiefsten Stand seit zwölf Monaten. Als Auslöser galt, dass die EU begann, ihre Sanktionen gegen Österreich umzusetzen. «Die wollen unsere Regierung nicht, und unsere Aktien schon gar nicht», sagte ein Händler. In einem Beschluss zu Österreich hatten sich 14 EU-Mitglieder am Montag zu einer Haltung zu ihrem 15. Mitglied festge-

legt. Danach wollen die EU-Staaten auf politischer Ebene keine bilateralen offiziellen Beziehungen mit einer Regierung fördern oder akzeptieren, an der die FPÖ beteiligt sei. Damit seien künftig offizielle Besuche österreichischer Regierungsmitglieder ausgeschlossen. Österreichische Kandidaten für internationale Organisationen würden nicht mehr unterstützt. Darüber hinaus würden Botschafter Österreichs nur noch auf technischer Ebene, also von Beamten empfangen.

Deiss gegen Vorverurteilung

Bundesrat nimmt neue Regierung beim Wort

BERN: Der Bundesrat will die Entwicklungen in Österreich «aufmerksam weiterverfolgen», eine «Vorverurteilung Österreichs» lehnt Aussenminister Deiss aber ab. Für die Aussenpolitische Kommission gibt es keinen Grund zur Einmischung.

Der Bundesrat sei zuversichtlich, dass die Politik der neuen Regierung in Wien die Weiterpflege der traditionell guten nachbarlichen Beziehungen erlauben werde, heisst es in einer am Freitag veröffentlichten Erklärung. Der Bundesrat erinnerte daran, dass er jede von Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit geprägte Haltung strikt ablehne, wo immer diese aufträte.

Die Einschätzung des Bundesrates teilt auch die Aussenpolitische Kommission (APK) des Ständerats. Es gebe keinen Grund für eine Einmischung in die Angelegenheiten Österreichs, erklärte APK-Präsident Bruno Frick (CVP/SPZ). Die neue Regierung erfülle demokratische, rechtsstaatliche und humanitäre Grundsätze, erklärte Frick auf Anfrage.

Deiss gegen Vorverurteilung der Regierung

Aussenminister Joseph Deiss lehnte vor den Medien eine «Vorverurteilung» Österreichs ab. Die neue Regierung müsse an ihren Taten gemessen werden. «Der Dialog bewirkt mehr als die Ausgrenzung.»

Als Nicht-EU-Mitglied habe die Schweiz die Sanktionsdrohungen der 14 EU-Staaten nicht zu beurteilen, sagte Deiss. Befremdet zeigte er sich darüber, dass die Referendumskomitees mit dem Hinweis auf diese Länder für ein Nein zu den bilateralen Verträgen werben. Die «Bilateralen» und ein EU-Beitritt seien



Die Demonstranten bewarfen die Polizei in Wien mit Farbbeuteln.

völlig verschiedene Dinge. Sein Kollege Pascal Couchepin lehnte es ebenfalls ab, die bilateralen Verträge mit den aktuellen Problemen zwischen der EU und Österreich zu vermischen. Couchepin glaubt auch nicht, dass es zu einer Einmischung kommen könnte wie sie in Österreich erfolgte.

Weder die Person Christoph Blocher noch die Art der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU würden eine Intervention rechtfertigen. Blocher sei nicht Haider, sagte Couchepin.

Skeptische Parteien

Skeptischer beurteilen die Bundesratsparteien die innenpolitischen Folgen der Spannungen zwischen Brüssel und Wien. Eine Verschärfung der Krise könnte die Abstimmung über die bilateralen Verträge negativ beeinflussen. Darauf

wollen sie sich, ohne in Panik ausbrechen, vorbereiten.

Auf die Regierungsbildung in Österreich selbst hatten die bürgerlichen Bundesratsparteien am Donnerstag gelassen reagiert. Lediglich die SP hatte sich beunruhigt gezeigt, doch auch sie will vorläufig abwarten.

Verständnis für die Reaktionen der EU auf die Regierungsbildung der FPÖ Jörg Haiders zeigte am Freitag die Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz. Die EU erfülle ihre Verpflichtung, über die Einhaltung der Menschenrechte ihrer Mitglieder zu wachen.

Kritik an der «wider natürlichen» Koalition der ÖVP mit der FPÖ äusserte auch der Europäische Jüdische Kongress (EJC). Er bezeichnete FPÖ-Chef Haider als «Nazi-Sympathisanten». Auch die Schweizer Juden geben ihrer Besorgnis Ausdruck.

Klestil fordert Chance

WIEN: Nach der Vereidigung der rechtsgerichteten Regierungskoalition in Wien hat sich der österreichische Bundespräsident Thomas Klestil am Freitagabend in einer Fernsehansprache an die Bevölkerung gewandt.

«Liebe Österreicherinnen und Österreicher: Ich habe heute eine Koalitionsregierung von ÖVP und FPÖ angelobt. Heftige innen- und ausenpolitische Diskussionen sind dieser Regierungsbildung vorangegangen, die mich mit Sorge und Betroffenheit erfüllen. Monate lange Bemühungen, eine tragfähige, personell erneuerte Koalition zwischen SPÖ und ÖVP zu Stande zu bringen, sind gescheitert. Nicht zuletzt an der Abnützung einer bereits seit 13 Jahren bestehenden Partnerschaft. ÖVP und FPÖ haben eine Mandatsmehrheit im Parlament, die in einer Demokratie zu respektieren ist. Der Wille der beiden Parteien, eine Koalition zu bilden, ist daher in einem demokratischen Rechtsstaat zu akzeptieren. Die neue Regierung, die heute ihre Arbeit antritt, bedeutet für Österreich eine grosse politische Veränderung, die von Vielen gewünscht wurde, bei Vielen aber auch auf Skepsis oder gar Ablehnung stösst. Die Reaktionen auf diese Regierungsbildung sind so heftig, dass im In- und Ausland grosse Überzeugungsarbeit geleistet werden muss, um Vorurteile und unberechtigte Kritik zu entkräften. (...) Österreich ist eine stabile Demokratie, ein funktionierender Rechtsstaat, der sich über Jahrzehnte Ansehen in der internationalen Staatengemeinschaft erworben hat. Jetzt gilt es, dieses Ansehen gemeinsam zu bewahren und zu fördern.»